

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



AMI BOSSARD GARTENMANN,
EHEMALIGE PRÄSIDENTIN
PRO LIBERTATE

E-Mail: bossard.gartenmann@bluewin.ch

Wer schützt das Volk vor den Politikern?

Kürzlich hat sich der Nationalrat für eine Rechtsschutzversicherung ausgesprochen, welche ihm Schutz vor dem Volk gewähren soll. SP-Nationalrätin Bruderer argumentierte: «Wir werden häufig Opfer von Beschimpfungen, von Bedrohungen oder von Ehrverletzungen». Deshalb werden wir nun 500 Franken pro Ratsmitglied berappen müssen.

Auch wir Bürger und Bürgerinnen sollten eine Rechtsschutzversicherung fordern: Als Schutz vor Politikern, die uns belügen, ihre Wahlversprechen nicht einhalten, unsinnig Geld ausgeben, intrigieren und Verrat üben. Unsere Vereinigung PRO LIBERTATE ist eine solche Rechtsschutzversicherung. Unser Engagement ist wichtig – quasi als Schutz für das Volk! Allen Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten danke ich für die Unterstützung während der letzten vier Jahre. Dem neuen Vorstand wünsche ich viel Kraft für die Verteidigung unserer Grundwerte.

Geschätzte Mitglieder, werte Gönnern und Sympathisanten

Nach 18jähriger Tätigkeit im Vorstand der PRO LIBERTATE wurde ich an der Generalversammlung vom 8. März 2008 einstimmig zum Präsidenten gewählt und trete damit die Nachfolge von Ami Bossard Gartenmann an, welche die PRO LIBERTATE seit 2002 präsidiert hatte. Ami Bossard Gartenmann gratuliere ich bei dieser Gelegenheit zu Ihrer Ernennung zum Ehrenmitglied. Ebenfalls zum Ehrenmitglied ernannt wurde Ihr Ehemann und Vorgänger im Präsidentenamt, Werner Gartenmann. «Die Faust im Sack nützt nichts» – dieses Motto haben die beiden Ehrenmitglieder immer verfolgt und sich gerade deshalb derart vorbildlich für eine freie und unabhängige Schweiz engagiert.

Der Wechsel im Präsidium wird am bewährten Kurs der PRO LIBERTATE nichts ändern.

Wir engagieren uns ...

- ... weil wir eine sichere, in Freiheit lebende und zukunftsorientierte Gesellschaft – im Dienste der Menschen – wollen.
- ... weil wir uns nicht mit der Faust im Sack zufrieden geben und uns als Bürgerin und Bürger zusätzlich engagieren.
- ... weil wir Taten leeren Worten vorziehen und gemeinsam Ziele erreichen wollen.

Wir stehen ein ...

- ... für die Erhaltung einer freiheitlichen und souveränen Schweiz.
- ... für eine hochqualifizierte und starke Milizarmee zum Schutz unseres Landes und der Bevölkerung.
- ... für die Wahrung der direkten Demokratie.
- ... für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz.
- ... für eine sachgerechte und politisch ausgewogene Berichterstattung in den Medien.
- ... für die Stärkung der Eigenverantwortung in allen Bereichen des bürgerlichen Lebens.

Struktur und Leitung

PRO LIBERTATE ist keine Partei, kein SVP-Ableger und keine Rechtsausserorganisation, wie dies gewisse linke Medienschaffende immer wieder erwähnen, sondern ein Zusammenschluss von gleichdenkenden Schweizerbürgerinnen und -bürgern, welche bereit sind, sich für die bestehenden und zukunftsorientierten Werte in unserem Lande einzusetzen.

Für die Erhaltung einer lebenswerten, freien Schweiz wünschen wir unseren Mitgliederbestand weiter zu erhöhen. Wir freuen uns auf starke und kritisch denkende Persönlichkeiten.



Der neue Vorstand von PRO LIBERTATE 2008 (v.l.n.r.):
Patrick Freudiger, Jürg Staufer (Sekretär), Thomas Fuchs (Präsident),
Marcel Bieri (Kassier), Max Gerber, (Vizepräsident)

Wir blicken zurück ...

1956 wurde PRO LIBERTATE gegründet. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ungarn und die Errichtung totalitärer Regimes in Osteuropa zeigten, dass Demokratien und freiheitliche Gesellschaften, auch nach der Befreiung Europas von der Nazi-Diktatur, in Gefahr lebten. Deshalb trägt PRO LIBERTATE ihre Zielsetzung im Namen: «Für die Freiheit». Und der Name ist auch heute noch aktuell.

Wir rütteln auf ...

Seit über fünfzig Jahren rütteln wir auf, verantwortungsbewusst mit unserem Land und seinen Werten umzugehen. Wir streiten für eine freiheitliche Gesellschaft und für einen schlanken Staat. Kreativität

ist uns wichtiger als die Gängelung der Schaffenskraft mit Gesetzen.

Wir stehen im Dialog ...

An unseren Veranstaltungen referieren Unternehmer, Botschafter, hohe Offiziere, Parlamentarier, Journalisten und Professoren – und sie schreiben in unserem Bulletin «PRO LIBERTATE Mitteilungen» und in unseren Schriftenreihen. Wir sind keine Besserwis-

ser, die im «Hinterstübl» die Fäuste ballen. Wir arbeiten mit allen Kräften zusammen, die unser Land vorwärts bringen.

Wir bleiben dran!

Auf uns dürfen Sie zählen – und wir zählen weiterhin auf Sie!

*Herzlich, Ihr Thomas Fuchs,
Grossrat, Präsident PRO LIBERTATE*

An den schweizerischen Bundesrat

*Von Steinbrück, Eichel, diesen Erzteutonen,
soll uns der Bundesrat diesmal verschonen!
Wer Kriminelle wirbt als Informanten,
wie die auf Zeile eins hievor Genannten,
die darf man, wenn sie unser Recht missachten,
als non-valeurs in diesem Sinn betrachten.*

MIXACHOS

Schweizer Waffentradition unter massivem Druck

WERNER GARTENMANN,
EHEMALIGER PRÄSIDENT PRO LIBERTATE
E-Mail: gartenmann@hotmail.com

Unter dem Titel «Waffenrecht – Freiheitsrecht?» diskutierten SVP-Nationalrat Theophil Pfister und Willy Pfund, Präsident der Gesellschaft für ein freiheitliches Waffenrecht «proTell» anlässlich der diesjährigen Hauptversammlung der schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE. Die beiden aktiven Schützen stellten den zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörern die aktuelle politische Situation dar. Willy Pfund erwähnte über zwanzig Vorstösse linker Parlamentarier. Insbesondere die Heimfassung der Armeewaffe und der Taschenmunition wird massiv bekämpft. In Sachen Taschenmunition erzielte die Linke mit Unterstützung der CVP und FDP sowie des bürgerlichen Verteidigungsministers Schmid einen Erfolg: Bis Ende 2009 müssen die Armeeinghörigen ihre persönliche Schutzmunition abgeben – den Armeeinghörigen wird das Vertrauen also entzogen! Inzwischen wird massiv Druck aufgebaut, den nächsten Schritt, nämlich die Hinterlegung der persönlichen Armeewaffe im Zeughaus, zu realisieren. Für Nationalrat Pfister ist klar: Es geht um das Fortbestehen der Milizarmee! Alles deutet darauf hin, dass das Ziel eine

Profiarmerie ist, die mit Durchdienern verstärkt wird. Deshalb entzieht man der Milizarmee gezielt ihre Grundlagen. Gleichzeitig sind Politik und Verwaltungsstellen bestrebt, UNO-Konventionen und das in absehbarer Zeit verschärfte EU-Waffenrecht – im Zuge der Schengener Rechtsentwicklung! – zu übernehmen. Sowohl Willy Pfund als auch Theophil Pfister konnten dem Publikum klar aufzeigen, dass Schusswaffen bei Selbstmorden und Tötungsdelikten im Vergleich zu anderen Mitteln einen kleinen Anteil aufweisen (rund 20 bzw. 25 Prozent). Armeewaffen werden bei Straftaten sehr selten eingesetzt. Dennoch versuchen die Waffengegner und Armeeabschaffer einzelne – tragische – Ereignisse, wie der Fall Höngg, für ihren ideologischen Kampf skrupellos zu instrumentalisieren. Sie scheuen nicht

davor zurück, Hunderttausende von Schweizerinnen und Schweizern zu potenziellen Selbstmördern und Mördern zu qualifizieren und ihnen das Recht auf eine Waffe zu entziehen.

Eindringlich appellierten die Referenten, sich aktiv für die Tatsachen und die Wahrheit einzusetzen. Im Moment läuft die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Schutz vor Waffengewalt». Die Initiative will den privaten Waffenbesitz faktisch verbieten und die Heimfassung der persönlichen Armeewaffe abschaffen. Gerade die Vereinigung PRO LIBERTATE muss im Verbund mit anderen Kräften diesem antischweizerischen Ansinnen den Kampf ansagen. Denn es geht um ein wesentliches Element der Freiheit.

Man ist sich einig: Die zunehmende Gewaltbereitschaft müssen wir alle ernst nehmen. Der Weg, die verantwortungsbewussten Schweizerinnen und Schweizer, die Armeeinghörigen, die Schützen, die Jäger und Sammler zu kriminalisieren und zu entmündigen, ist aber falsch.

■ ■ Der Weg, die verantwortungsbewussten Schweizerinnen und Schweizer zu kriminalisieren und zu entmündigen, ist falsch. ■ ■



TÄTIGKEITSPROGRAMM 2008

- Keine Kurskorrekturen unter neuem Präsidium
- Weiterhin kritische Begleitung der Armee XXI
- Ausdehnung der Volksrechte (Staatsverträge auch vors Volk)
- Weniger Bürokratie / weniger Gesetze / weniger Vorschriften
- Kein Beitritt zur EU / Beilegung des Steuerstreites mit der EU
- Selbstbehauptungswille der Armee (keine Entwaffnung der Wehrmänner)

KONKRETE UMSETZUNG 2008 BIS 2009:

- 5 bis 6 PL-Mitteilungen pro Jahr
- Pressemitteilungen zu aktuellen politischen Themen
- 1 bis 2 Veranstaltungen mit unseren Mitgliedern pro Jahr
- Fortführung Schriftenreihen
- Kontakte zu gleichgesinnten Organisationen ausbauen (IG Schweiz – Zweiter Weltkrieg, AWM, Habsburger Gespräche, Medienpanoptikum, PIKOM, BERNAKTUELL usw.)
- Dauernde Mitgliederwerbung (ist Ihr Nachbar schon Mitglied?)
- Erweiterung des Vorstandes um ein bis zwei aktive Mitglieder
- Aktueller Internetauftritt (www.prolibertate.ch)

Deutliches Nein zur Kampfjet-Initiative

VON THOMAS FUCHS,
PRÄSIDENT PRO LIBERTÄTE
E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 68,1% deutlich verworfen wurde die Initiative des Umweltschützers Franz Weber. Sie wollte militärische Übungen mit Kampfjets in touristisch genutzten Erholungsgebieten während Friedenszeiten verbieten. Das Nein der Bürgerinnen und Bürger ist eine Absage an eine extreme Initiative, welche die schweizerische Luftwaffe abschaffen wollte. Eine leistungsfähige Luftwaffe aber ist ein Kernelement der Sicherheitspolitik. Der Volksentscheid ist auch ein Verdikt als Stärkung der Souveränität und Neutralität und ein Bekenntnis zur Sicherheit der Schweiz angesichts neuer Gefahren.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine Luftwaffe, welche ihre Sicherheits- und Luftpolizeidienstaufgaben erfüllen kann. Alle Kantone haben das Begehren abgelehnt. Das klare Nein zur Anti-Luftwaffen-Initiative bringt dies zum Ausdruck. Ohne Luftwaffe kann die Sicherheit auch in Friedenszeiten nicht gewährleistet werden. Dies zeigen beispielsweise die Überwachungsaufgaben der Schweizer Luftwaffe im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos. Ohne eine solche Überwachung ist es nicht möglich, in der Schweiz Konferenzen dieses Formats durchzuführen.

Ein Ja zur Initiative hätte zu einem faktischen Verbot von Übungsflügen

geführt und damit die Einsatzbereitschaft geschwächt. In letzter Konsequenz hätte die Annahme der Initiative gar zur Abschaffung der Armee durch die Hintertüre geführt. Aus diesen Gründen hat sich die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTÄTE unmissverständlich gegen die Initiative engagiert. Es liegt nun am Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz

und Sport (VBS), die Anliegen der Flugplatzanwohner ernst zu nehmen. Die Armee muss daher weitere Gespräche führen und einen Konsens mit den Betroffenen finden, denn die Initiative ist in der besonders stark betroffenen Gemeinde Meiringen mit rund 52% Ja-Stimmen angenommen worden. Die Fluglärm-Problematik muss durch andere Massnahmen angegangen werden – beispielsweise durch eine klare Regelung der Flugzeiten und umfassendere Lärmsanierungen. Damit ist den Bewohnerinnen und Bewohnern lärmbelasteter Gebiete besser gedient als durch Verbote.



Ein klares Bekenntnis zur Luftwaffe

Die vielen Spenden unserer Mitglieder und Sympathisanten ermöglichten uns eine Werbekampagne für unsere Luftwaffe zu finanzieren, welche grosse Anerkennung und Wertschätzung erzielte. Wir danken nochmals allen Spenderinnen und Spendern sehr herzlich für die grosszügige Unterstützung.

Geld oder Leben

DR. JUR. FRIEDRICH-WILHELM
SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

4

Das ist nicht nur die übliche Drohung von Kriminellen bei einem Überfall, sondern leider auch ein Kapitel aus der allerjüngsten deutschen Geschichte. Als man damals, in Zeiten der deutschen Teilung (bis 1989/1990) die Mächtigen in Bonn um Hilfe für die politischen Häftlinge im Zuchthaus Bautzen/DDR anflehte, wurde man von den Linken immer wieder zurückgestossen mit dem Hinweis, Derartiges wäre «ein Eingriff in die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik». In weiterer Folge wurde den Redaktoren des Auslandsradiosenders «Deutsche Welle» verboten, das Wort «Diktatur» hinsichtlich der DDR anzuwenden und schon das blosser Erwähnen des berüchtigten Zuchthauses wurde in linken Medien West-Deutschlands eine Rarität. Ging es doch auch «nur» um die Freiheit und Gesundheit von Menschen (allerdings darunter auch von Sozialdemokraten).

Während der vergangenen Wochen handelte es sich nicht mehr um «blosse» Menschenleben, sondern um viel, sehr viel Geld! Und da gelten bei den angeblich «anti-kapitalistischen» Linken plötzlich die scheinbar so hehren Phrasen von einst nicht mehr, zumal die attackierten europäischen Steueroasen kleine Länder sind und die deutschen SPD-Führer wohl glaubten, ihren Nachholbedarf an Tapferkeit hier austoben zu können. Wie einst zu

Hitlers Tagen tönte ein bundesdeutscher TV-Sender verächtlich, herablassend vom «Zwergenstaat» Liechtenstein. Der (Noch-?)SPD-Vorsitzende Kurt Beck sprach im bekannten teutonischen Befehls-ton, das Fürstentum solle sich «so benehmen, wie es unter zivilisierten Staaten üblich» sei und drohte mit Sanktionen – am deutschen Wesen muss eben die ganze Welt genesen! Bundesfinanzminister Steinbrück lud sogar ausländische Bankangestellte ein, Daten über deutsche Steuerhinterzieher zu verraten – juristisch wäre das wohl als Anstiftung zu einer Straftat zu werten, denn das wäre ein derartiges Verhalten nicht nur in der Schweiz!

Der SPD-Finanzexperte in Berlin titulierte Liechtenstein sogar als «Schurkenstaat» – ein Begriff, der bisher nur für den Irak und Nord-Korea galt; das freie, demokratische Vaduz mit dem spät-stalinistischen Pjöngjang gleichzusetzen, ist wirklich ein politisch-moralischer Tiefgang! Zur Ehrenrettung vieler Deutschen muss man aber auch sehen, dass derartige Arroganz als abstossend empfunden wurde. So zeigte sich der SPD-Innenpolitiker Wiefelpütz darüber verwundert und meint beschwichtigend, die deutsche Bundeswehr sei ja nicht in Vaduz einmarschiert! Es ist nicht übertrieben: Für nicht wenige freiheitliche Demokratien war allein dieses Denken in solchen Sphären wirklich ein Schock. Zu Recht sprach das (Noch-)SPD-Mitglied und Ex-Bundesminister Clement von «Maulheldentum». Dennoch dürfen

solche Entgleisungen selbst in Wahlkämpfen nicht passieren! Deswegen, wie einige Leserbriefe in Schweizer Zeitungen bereits fordern, den Besuch von Frau Bundeskanzlerin Merkel im April in der Schweiz abzusagen, wäre überspitzt. Sie kennt die zweite deutsche Diktatur und auch das Wort «Bautzen» zur Genüge, und sie selber würde der Freiheit und dem Leben stets den Vorzug vor Geld geben. Aber Bern sollte sie in harter, sachlicher Diktion noch einmal daran erinnern, dass auch kleinere Staaten das Recht auf Freiheit und Souveränität haben. Und dass diese keinesfalls gewillt sind, sich weder von Drohungen noch von Beleidigungen in irgendeiner Weise einschüchtern zu lassen.

Werte Leserinnen und Leser

Doppelzustellungen sind aus technischen Gründen leider nicht zu vermeiden. Bitte legen Sie doppelte Exemplare Ihrem Nachbarn in den Briefkasten oder geben Sie diese an Freunde und Bekannte weiter.

Herzlichen Dank für Ihr Verständnis!
Die Redaktion

Sie können Spenden

an PRO LIBERTATE

auch in **WIR** tätigen.

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, Max Gerber

Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,

Postfach 587, 3052 Zollikofen

Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85

Internet: www.prolibertate.ch

E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz

Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 6

Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen

Jürg Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen

Patrick Freudiger, 4900 Langenthal

Redaktionsschluss dieser Nummer: 25.3.2008



Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–

als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–

als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen

Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

3.08

Schon
vorbeigesurft?

www.prolibertate.ch